



## Aussiedlerbeauftragter kritisiert Ausstellung zu Polen

Gewerkschaftsführer Walesa werde nicht genügend erwähnt

Lt. BERLIN, 9. Juni. Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Hartmut Koschyk (CSU), hat in einem Brief an Bundestagspräsident Norbert Lammer (CDU) gegen eine Ausstellung des Museums für die Geschichte Polens protestiert, die gegenwärtig in Gebäuden des Bundestages in Berlin zu sehen ist. Die Ausstellung hat den Anlass des fünf- und zwanzigjährigen Bestehens des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages; sie trägt den Titel „Polen und Deutsche – Geschichten eines Dialogs“. Koschyks Kritik setzt nicht an den länger zurückliegenden historischen Bezügen an – die Ausstellung widmet sich ausführlich den Verbrechen der Deutschen auf polnischem Boden im Zweiten Weltkrieg –, sondern an der jüngeren Geschichte, vor allem der Zeit des Zusammenbruchs des Kommunismus.

Der Aussiedlerbeauftragte bemängelt in seinem Schreiben, dass bei „der Darstellung des politischen Umbruchs“ in der damaligen Volksrepublik Polen „die Rolle der freien Gewerkschaft Solidarność in einer mit wissenschaftlichen Maßstäben unvereinbaren Weise in den Hintergrund gedrängt“ werde. Lech Walesa, der damalige „mutige Führer“ der Solidarność, bleibe vollständig unerwähnt. Koschyk nennt dies „völlig unverständlich“, umso mehr, als Walesa, der später den Friedensnobelpreis erhalten habe, als erster frei gewählter polnischer Staatspräsident nach der Wende im Jahr 1992 Deutschland besucht und im Dialog des wiedervereinten Deutschlands mit Polen eine „herausragende Rolle gespielt“ habe. In ihrer Darstellung der polnischen Wende-Zeit des Jahres 1989 weise die Ausstellung weitere Lücken auf; es fehle etwa jede Erwähnung des „Runden Tisches“, an dem sich damals Repräsentanten des kommunistischen Regimes und der Opposition gemeinsam versammelten, um einen Über-

gang für das politische System zu beraten – diese Institution sollte im Winter des Jahres 1989/90 als Vorbild für den runden Tisch in der DDR dienen.

Koschyk weist schließlich darauf hin, dass die Solidarność schon im Moment ihrer Gründung im Jahr 1981 ein Bekenntnis zur Verbesserung der Lage der nationalen Minderheiten in Polen abgelegt und dabei ausdrücklich auch die deutsche Minderheit mit eingeschlossen habe – deren Existenz damals von der kommunistischen Staatsführung noch geleugnet worden sei.

Schließlich bemängelt der Aussiedlerbeauftragte die Aussage der Ausstellung als „objektiv falsch“, wonach die Bestimmungen des 25 Jahre alten Freundschaftsvertrages zum gegenseitigen Schutz der nationalen Minderheiten in Polen vollständig verwirklicht seien, während dies in Deutschland nur teilweise geschehen sei. Koschyk beteuert, das Gegenteil sei der Fall. Während auf deutscher Seite „haushalterische Vorsorge“ getroffen sei für die Mittel zur Errichtung einer Dokumentationsstelle im Polnischen Haus in Bochum, seien wesentliche Verpflichtungen der polnischen Seite noch unerfüllt. Als Beleg verweist Koschyk auf ein Schreiben des Leiters der Vereinigung deutscher Kulturvereine in Polen, Bernhard Gaida, der die noch nicht eingelösten Versprechen jüngst in einem Schreiben an das polnische Innenministerium beklagt habe.

Für seine Kritik an der Ausstellung führt Koschyk überdies den Leiter des zeithistorischen Willy-Brandt-Zentrums an der Universität Breslau, Krzysztof Ruchniewicz, als bestätigenden Fachmann an, der nach der Besichtigung der Schau feststellte, es sei „ein bisschen bedrückend, dass zu so einem wichtigen Anlass sich niemand die Mühe gemacht hat, eine gemeinsame Ausstellung zu organisieren oder eine deutsche Schau in Warschau zu zeigen“.